

5. Motor der Einheit 1989/1990

Die in der DDR im Sommer 1989 beginnende und sich dann rasant beschleunigende Umwälzung traf auch die westdeutschen Liberalen weitgehend überraschend, aber nicht vollkommen. Denn einige der führende FDP-Vertreter wie Genscher, Mischnick, Hirsch oder Hans-Günther Hoppe stammten ursprünglich aus dem anderen Teil Deutschlands und hatten dorthin weiter private Kontakte gepflegt, Wolfgang Mischnick hatte als Vorsitzender der Bundestagsfraktion auch politische Verbindungen unterhalten. So wohnte er beispielsweise 1987 dem Parteitag der LDPD in Weimar bei.

Als im Sommer 1989 der langjährige LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach auch öffentlich Versuche unternahm, nach Vorbild der sowjetischen „Perestroika“ die verkrusteten Strukturen der DDR zumindest ansatzweise aufzubrechen, unterstützte Wolfgang Mischnick dies, indem er die entsprechenden Gerlach-Reden auch im Westen verbreiten ließ. Durch diesen vorsichtigen Emanzipationskurs ihres Vorsitzenden gewann die LDPD Mitte 1989 in der DDR selbst das Renommee einer Reformkraft und erfreute sich insbesondere bei jungen DDR-Bürgern eines regen Zulaufs; ihre Mitgliederzahl überschritt nach 40 Jahren erstmals wieder die 100.000. Jedoch wurde von Gerlach und seinen Mitstreitern in der Parteiführung zunächst nur eine Reform, nicht aber eine Überwindung des „real existierenden Sozialismus“ angestrebt. Infolge dessen verlor die LDPD an Zugkraft, je mehr der Ruf nach einem grundlegenden Systemwechsel im Osten Deutschlands laut wurde. Neben ihr organisierten sich nicht nur neue Bürgerrechtsbewegungen, sondern Ende 1989 auch mit der „FDP der DDR“ und der „Deutschen Forumpartei“ zwei neue liberale Organisationen, die zwar kaum größere Mitgliederzahlen aufbieten konnten, aber die Liberaldemokraten unter Druck setzten. Diese hatte sich zwar Anfang Dezember 1989 endgültig vom SED-System losgesagt, aber Manfred Gerlach, der inzwischen sogar zum amtierenden Staatsratsvorsitzenden und damit zum Staatsoberhaupt der DDR aufgerückt war, verzögerte den notwendigen generellen Wechsel in der Partei. Diese kam erst Mitte Februar 1990 auf dem LDPD-Parteitag in Dresden zustande, wo Rainer

Ortleb zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, man wieder zur alten Abkürzung LDP zurückkehrte und sich ein neues Programm gab.

Vor allem dank der Vermittlung von Wolfgang Mischnick, der das große Interesse der FDP an einem Zusammengehen der ostdeutschen Liberalen geschickt vertrat, konnte zur ersten freien Volkskammer-Wahl am 18. März 1990 unter dem Namen „Bund Freier Demokraten“ ein liberales Wahlbündnis antreten, das mit 5,3 Prozent ein achtbares, aber kein überragendes Ergebnis erzielte. Dass das Potential für eine liberale Kraft in einem vom Kommunismus befreiten Ostdeutschland weit größer war, sollte sich bei weiteren Wahlen im Verlauf dieses Jahres zeigen. Zunächst aber verhinderten innerliberalen Querelen, dass man dieses ausschöpfte: Da die beiden kleineren Parteien einen organisatorischen Zusammenschluss der Liberalen in der DDR zunächst ablehnten, wechselte die LDP allein zum Namen „Bund Freier Demokraten“ über und nahm noch im März 1990 die Reste der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) in diesen korporativ auf. Diese war ursprünglich auf Geheiß der SED gegründet worden, um der LDP(D) Anhänger und Mitglieder abspenstig zu machen. Während der SED-Herrschaft standen NDPD und LDP(D) in einer permanenten, allerdings nur latent ausgetragenen Rivalität um Einfluss und Zielgruppen. Dieser Fusionsakt verhinderte dann den liberalen Zusammenschluss in der DDR aber noch weiter, bis er schließlich auf Druck der FDP in Form einer gesamtdeutschen liberalen Partei im Spätsommer erfolgte.

Der liberale Anteil an der Wiedervereinigung beschränkte sich aber keineswegs auf die Parteipolitik in der Nach-Wende-DDR. Da in der FDP-Führung viele Persönlichkeiten aus dem Gebiet der DDR stammten, setzte sich innerparteilich schnell der Ruf nach Einheit der Deutschen durch. Man konnte sich dabei auch auf die eigene Tradition berufen, wo ja Einheit und Freiheit oder wie es jetzt hieß „Einheit in Freiheit“ immer ein zentrales Anliegen gewesen war, vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Zeit der Bundesrepublik. In der FDP hatte es auch nie eine Mehrheit für eine staatsrechtliche Anerkennung der DDR bzw. eine Abschaffung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes gegeben. Am meisten in dieser Richtung wirken konnte natürlich Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der nicht zuletzt aufgrund seiner guten persönlichen Beziehungen zu den Außenministern der beiden Supermächte –

Shewardnaze und Baker – in den entscheidenden „2 plus 4-Gesprächen“ der Deutschen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ziemliches Gewicht entwickelte. Dass er im sich anbahnenden Transformationsprozess eine wichtige Rolle zu spielen gedachte, hatte er erstmals mit seinem kurzen Auftritt auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag am 30.9.1989 demonstriert, als den Botschaftsflüchtlingen aus der DDR ihre freie Ausreise ankündigte und damit sozusagen den Anfang vom Ende der ostdeutschen Eigenstaatlichkeit auch von außen einläutete. An dem ein knappes Jahr später abgeschlossenen so genannten „2 plus 4-Vertrag“, in dem Deutschland, also die Bundesrepublik, die DDR und Berlin „die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ (Art. 7) erhielt, hatte Genscher großen Anteil. Beim Vertragsabschluss in Moskau am 12. September 1989 unterstrich er, dass damit keineswegs eine Abkehr von der bisherigen Außenpolitik verbunden sein werde: „Die Politik des vereinigten Deutschland wird bestimmt von der Friedenspflicht unseres Grundgesetzes und des Einigungsvertrags. In diesem Geist leisten wir unseren Beitrag zu Frieden und Stabilität.“ Der liberale Außenminister wollte damit vor allem Sorgen in Osteuropa zerstreuen, dass nun wieder eine deutsche Hegemonialpolitik in diese Richtung drohe: „Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern.“

Hans-Dietrich Genscher, nahe Halle geboren, wurde so zum ersten populären gesamtdeutschen Politiker. Seine Zugkraft sowie das nicht so spektakuläre Wirken von FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff und Fraktionschef Wolfgang Mischnick half auch entscheidend, beim liberalen Einigungsprozess alle Hürden zu überwinden. In Hannover konnte dann am 11. August 1990, also noch vor der staatlichen Vereinigung sieben Wochen danach, die gesamtdeutsche liberale Partei aus der Taufe gehoben werden. Sie entstand durch den Beitritt der drei ostdeutschen Parteien Bund Freier Demokraten, Forumpartei und FDP der DDR zur (westdeutschen) FDP. Das Ziel sei, wie die drei ostdeutschen Parteivorsitzenden erklärten, „die deutsche Einheit mit liberalem Geist zu füllen“. Erste Vorsitzender der gesamtdeutschen FDP wurde Otto Graf Lambsdorff, der daran erinnerte, dass jetzt ein großer liberale Traum in Erfüllung gegangen sei: „Seit mehr als 150 Jahre gibt es die liberale Bewegung in Deutschland. Mehr als 100 Jahre war sie geteilt. Heute werden wir gemeinsam die liberale Partei für

Deutschland. ... Heute ist ein historischer Tag für die Liberalen und für Deutschland.“ Ähnlich stolz und gerührt zugleich zeigte sich der mit Standing Ovations gefeierte Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der aber auch darauf hinwies: „Wir leben in einer Gezeitenwende von geschichtlichem Ausmaß. Nichts wird mehr so sein, wie es war – weder bei uns in Deutschland noch irgendwo.“ Die prophetische Kraft diese Worte sollte sich alsbald erweisen.

Zunächst einmal war mit dieser Einigung aber eine gute Voraussetzung für die erste gesamtdeutsche Wahl geschaffen worden, die am 2.12.1990 stattfand. Denn die neue FDP war mit ca. 180.000 Mitgliedern zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Mitglieder- und fast schon eine Massenpartei. Allerdings bestanden zwischen Ost (ca. 110.000 Mitglieder) und West (ca. 65.000 Mitglieder) beträchtliche Unterschiede in der Auffassung hinsichtlich von Sinn und Zweck einer Mitgliedschaft. Bei der Wahl zum 12. Bundestag kam die FDP auf elf Prozent und wiederholte damit quasi das Ergebnis aus dem Jahr 1949. Besonders gut schnitt sie in Teilen Ostdeutschlands ab: in Sachsen mit gut zwölf, in Thüringen mit gut 14 und in Sachsen-Anhalt mit fast 20 Prozent. Hier gelang es auch erstmals wieder seit langer Zeit ein Direktmandat zu gewinnen: Uwe Lühr setzte sich in Halle durch. Im Westen gehört der Durchschnitt mit 10,6 Prozent aber auch noch zu den überragenden Ergebnissen, Grüne und auch die CSU waren deklassiert worden. Mit diesem Wahlergebnis im Rücken konnten CDU/CSU und FDP ihre Koalition fortsetzen. Im vierten Kabinett Kohl verfügten die Liberalen erstmals über fünf Posten: Zu Hans-Dietrich Genscher und Jürgen Möllemann, der das Wirtschaftsministerium übernahm, kamen Irmgard Schwaetzer (Wohnungswesen und Städtebau), Klaus Kinkel (Justiz) und Rainer Ortleb (Bildung) hinzu.